

## **Verfassung der Weltgesundheitsorganisation, New York 1946**

Die Staaten, für die diese Verfassung gilt, erklären in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, dass das Glück, die harmonischen Beziehungen und die Sicherheit aller Völker auf folgenden Grundsätzen beruhen:

Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen.

Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen, ist eines der Grundrechte jedes Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.

Die Gesundheit aller Völker ist eine grundlegende Voraussetzung für Frieden und Sicherheit; sie hängt von der breitesten Zusammenarbeit zwischen Einzelpersonen und Staaten ab. Die Errungenschaften jedes einzelnen Staates auf dem Gebiet der Pflege und des Schutzes der Gesundheit sind wertvoll für alle.

In der ungleichmäßigen Entwicklung in den verschiedenen Ländern in bezug auf die Gesundheitspflege und die Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der ansteckenden Krankheiten, liegt eine allgemeine Gefahr.

Die gesunde Entwicklung der Kinder ist von grundlegender Bedeutung; Voraussetzung für ihre gesunde Entwicklung ist die Fähigkeit, in einer sich verändernden Gesamtumwelt in Harmonie zu leben.

Für das Erreichen des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Früchte des medizinischen, psychologischen und des damit zusammenhängenden Wissens allen Völkern zugänglich gemacht werden.

Eine aufgeklärte Öffentlichkeit und die aktive Mitarbeit der Bevölkerung sind von größter Bedeutung für die Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung.

Die Regierungen sind für den Gesundheitszustand ihrer Völker verantwortlich. Dieser Verpflichtung können sie nur durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens gerecht werden.

In Anerkennung dieser Grundsätze und in der Absicht, bei der Pflege und dem Schutz der Gesundheit aller Völker eine Zusammenarbeit untereinander und mit anderen zu gewährleisten, nehmen die vertragschließenden Parteien diese Verfassung an und begründen hiermit die Weltgesundheitsorganisation als eine Spezialorganisation im Sinne des Artikels 57 der Charta der Vereinten Nationen.

## **Resolution der 30. Weltgesundheitsversammlung, Genf, 1977**

In Anbetracht der Größe der Gesundheitsprobleme und der unzureichenden und intolerabel ungerechten Verteilung von Gesundheitsressourcen in der Welt heute;  
In Erwägung, dass Gesundheit ein grundlegendes Menschenrecht und ein weltweites soziales Ziel ist, und dass sie wesentlich für die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse und die Lebensqualität ist;  
Versichernd, dass das letztendliche verfassungsmäßige Ziel der WHO das Erreichen des höchstmöglichen Grades von Gesundheit von allen Menschen ist;  
Erinnernd an die Resolutionen WHA28.75, WHA28.76 und WHA29.48 über die Prinzipien für inhaltliche und technische Zusammenarbeit mit sich entwickelnden Ländern:

1. Entscheidet, dass das vorrangige soziale Ziel von Regierungen und der WHO in den kommenden Jahrzehnten die Erreichung eines Grades von Gesundheit für alle Bürger der Welt bis zum Jahr 2000 sein soll, der ihnen erlaubt, ein sozial und ökonomisch produktives Leben zu führen
2. Ruft alle Länder dringlich auf, bei der Erreichung dieses Zieles zusammenzuarbeiten durch die Entwicklung entsprechender Gesundheitspolitiken und Gesundheitsprogramme auf nationaler, regionaler und interregionaler Ebene sowie durch die Erzeugung, Mobilisierung und den Transfer von Gesundheitsressourcen, so dass diese gerechter verteilt werden, insbesondere unter den sich entwickelnden Ländern;
3. Bittet das Exekutivkomitee und den Generaldirektor, die Reorientierung der Arbeit der WHO zur Entwicklung der inhaltlichen Zusammenarbeit und den Transfer von Ressourcen voranzutreiben, in Übereinstimmung mit einer der wichtigsten Funktionen der Organisation als der führenden und koordinierenden Autorität in der internationalen Gesundheitsarbeit.

## **Deklaration der Internationalen Konferenz zur Primären Gesundheitsversorgung, Alma-Ata, 1978**

Die Internationale Konferenz zur Primären Gesundheitsversorgung, zusammengetreten in Alma-Ata am 12. September des Jahres 1978, mit dem Ausdruck des Bedürfnisses nach dringendem Handeln aller Regierungen, aller Gesundheits- und Entwicklungsdienste und der Weltgemeinschaft zum Schutz und der Förderung der Gesundheit aller Menschen, verkündet hiermit die folgende Deklaration:

I

Die Konferenz bekräftigt nachdrücklich, dass Gesundheit, die ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht lediglich des Freiseins von Krankheit oder Gebrechen ist, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt und dass das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitszustandes ein äußerst wichtiges Ziel ist, dessen Realisierung das tatkräftige Handeln zahlreicher anderer sozialer und ökonomischer Sektoren außer dem Gesundheitssektor erfordert.

II

Die bestehende flagrante Ungleichheit im Gesundheitszustand der Menschen, besonders zwischen entwickelten und Entwicklungsländern, aber auch innerhalb von Ländern, ist politisch, sozial und ökonomisch unannehmbar und ist daher eine Angelegenheit, die alle Länder angeht.

III

Ökonomische und soziale Entwicklung, die auf einer neuen Weltwirtschaftsordnung basiert, ist für die höchstmögliche Erreichung von Gesundheit für alle und für die Verringerung der Kluft zwischen dem Gesundheitszustand der Entwicklungsländer und der entwickelten Länder von grundlegender Bedeutung. Der Schutz und die Förderung der Gesundheit der Menschen sind wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung und tragen zu einer besseren Lebensqualität und zum Weltfrieden bei.

IV

Die Menschen haben das Recht und die Pflicht, einzeln und in der Gemeinschaft an der Planung und Verwirklichung ihrer Gesundheitsversorgung mitzuwirken.

V

Die Regierungen haben eine Verantwortung für die Gesundheit ihrer Völker, die nur durch die Bereitstellung ausreichender gesundheitlicher und sozialer Maßnahmen erfüllt werden kann. Ein soziales Hauptziel der Regierungen, internationalen Organisationen und der Weltgemeinschaft insgesamt in den kommenden Jahrzehnten sollte die Erreichung eines Gesundheitsniveaus für alle Völker der Welt bis zum Jahre 2000 sein, das ihnen die Führung eines sozial und wirtschaftlich

produktiven Lebens ermöglicht. Primäre Gesundheitsversorgung ist der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels als Teil einer Entwicklung im Geiste sozialer Gerechtigkeit.

## VI

Primäre Gesundheitsversorgung ist unbedingt notwendige Gesundheitsbetreuung auf der Grundlage praktischer, wissenschaftlich fundierter und gesellschaftlich akzeptabler Methoden und Technologie, die dem einzelnen und Familien in der Gemeinschaft durch deren volle Mitwirkung und zu Kosten universell zugänglich gemacht wird, die sich die Gemeinschaft und das Land auf jeder Stufe ihrer Entwicklung im Geiste der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung leisten können. Sie ist wesentlicher Bestandteil sowohl des Gesundheitssystems des Landes, dessen zentrale Aufgabe und Hauptschwerpunkt sie ist, als auch der sozialen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Gemeinschaft. Sie ist die erste Berührungsebene des einzelnen, der Familie und der Gemeinschaft mit dem nationalen

Gesundheitssystem, indem sie gesundheitliche Betreuung so nahe wie möglich an die Wohnstätten und Arbeitsplätze der Menschen heranführt, und bildet den ersten Grundbestandteil eines kontinuierlichen Prozesses der gesundheitlichen Betreuung.

### Primäre Gesundheitsversorgung

1. reflektiert und entwickelt sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und den besonderen sozio-kulturellen und politischen Gegebenheiten des Landes und beruht auf der Anwendung der einschlägigen Ergebnisse der sozialen, biomedizinischen und Gesundheitssystemforschung und den Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitswesen.
2. richtet sich auf die Hauptgesundheitsprobleme in der Gemeinschaft und stellt dementsprechend gesundheitsfördernde, präventive, kurative und rehabilitative Dienste bereit.
3. umfaßt zumindest: Erziehung hinsichtlich vorherrschender Gesundheitsprobleme und hinsichtlich der Methoden zu ihrer Verhütung und Bekämpfung; Förderung der Lebensmittelversorgung und richtigen Ernährung; eine ausreichende Versorgung mit einwandfreiem Wasser und Grundsanierung; Gesundheitsschutz für Mutter und Kind einschließlich Familienplanung; Immunisierung gegen die wichtigsten Infektionskrankheiten; Verhütung und Bekämpfung lokaler endemischer Krankheiten; geeignete Behandlung der häufigsten Krankheiten und Verletzungen und Bereitstellung von Grundarzneimitteln.
4. bezieht neben dem Gesundheitssektor alle verwandten Sektoren und Aspekte der gesamtstaatlichen und Gemeinschaftsentwicklung ein, insbesondere Ackerbau, Viehzucht, Ernährung, Industrie, Erziehung, Wohnungswesen, öffentliches Bauwesen, Nachrichten- und Verkehrswesen und andere Sektoren und erfordert koordinierte Bemühungen all dieser Bereiche.

5. erfordert und fördert maximale kollektive und individuelle Eigenständigkeit und Mitwirkung an der Planung, Organisation und Kontrolle der primären Gesundheitsversorgung unter maximaler Nutzung örtlicher, nationaler und anderer verfügbarer Ressourcen, und entwickelt zu diesem Zweck durch geeignete Erziehungsarbeit die Fähigkeit von Gemeinschaften zur Mitwirkung.
6. sollte durch integrierte, zweckmäßige und auf gegenseitiger Unterstützung beruhende Überweisungssysteme gestützt werden, was zur progressiven Verbesserung einer umfassenden Gesundheitsversorgung für alle führt und wobei den Bedürftigsten Priorität eingeräumt wird.
7. stützt sich auf örtlicher und Überweisungsebene auf Gesundheitsarbeiter, einschließlich Ärzten, Krankenschwestern, Hebammen, Hilfskräften und gegebenenfalls Gemeinschaftsarbeitern sowie im Bedarfsfall auf Vertreter der traditionellen Medizin, alle mit geeigneter gesellschaftlicher und fachlicher Ausbildung für die Arbeit im Gesundheitsteam und für die Aufgabe, den bekundeten gesundheitlichen Bedürfnissen der Gemeinschaft zu entsprechen.

Alle Regierungen sollten nationale politische Zielsetzungen, Strategien und Aktionspläne erarbeiten, um die primäre Gesundheitsversorgung als Teil eines umfassenden nationalen Gesundheitssystems und in Koordinierung mit anderen Sektoren einzuführen und zu unterhalten. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, politischen Willen zu beweisen, die Ressourcen des Landes zu mobilisieren und verfügbare äußere Hilfsquellen rationell zu nutzen.

## IX

Alle Länder sollten in einem Geiste der Partnerschaft und Dienstbereitschaft zusammenarbeiten, um primäre Gesundheitsversorgung für alle Menschen sicherzustellen, da die Erlangung von Gesundheit seitens der Bevölkerung in irgendeinem Land auch alle anderen Länder direkt betrifft und ihnen zugute kommt. In diesem Zusammenhang bildet der gemeinsame WHO/UNICEF-Bericht über primäre Gesundheitsversorgung eine solide Grundlage für die weitere Entwicklung und Wirkungsweise der primären Gesundheitsversorgung in aller Welt.

## X

Ein annehmbares Gesundheitsniveau für alle Menschen der Welt bis zum Jahr 2000 kann durch eine vollständigere und bessere Nutzung der Ressourcen der Welt erreicht werden, von denen gegenwärtig ein erheblicher Teil für Rüstung und militärische Konflikte aufgewendet wird. Eine echte Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Entspannung und Abrüstung könnte und sollte zusätzliche Mittel freisetzen, die durchaus friedlichen Zwecken zugeführt werden könnten, insbesondere der Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung, an

der die primäre Gesundheitsversorgung als wesentlicher Bestandteil den ihr gebührenden Anteil zugewiesen bekommen sollte.

Die Internationale Konferenz zur Primären Gesundheitsversorgung ruft auf zu dringendem und effektivem nationalen und internationalen Handeln, um die Primäre Gesundheitsversorgung in der gesamten Welt und insbesondere in den sich entwickelnden Ländern zu entwickeln und zu verankern im Geiste der inhaltlichen Zusammenarbeit und im Rahmen einer Neuen Internationalen Ökonomischen Ordnung. Sie drängt die Regierungen, WHO, UNICEF und andere internationale Organisationen sowie multilaterale und bilaterale Einrichtungen, nicht-staatliche Organisationen, Förderinstitutionen, alle Gesundheitsdienste und die gesamte Weltgemeinschaft, das nationale und internationale Engagement für Primäre Gesundheitsversorgung zu unterstützen und dafür in verstärktem Maße inhaltliche und finanzielle Unterstützungen bereitzustellen, insbesondere in den sich entwickelnden Ländern. Die Konferenz ruft alle genannten Kräfte dazu auf, bei der Einrichtung, der Entwicklung und der Erhaltung von Primärer Gesundheitsversorgung zusammenzuarbeiten in Übereinstimmung mit Geist und Inhalt dieser Deklaration.

Anm. d. Hg.: Der englische Originalbegriff „community“ wurde 1978/80 noch in einer breit gefaßten Bedeutung mit „Gemeinschaft“ übersetzt. Mittlerweile wird in der professionellen Diskussion alternativ bzw. ergänzend auch die enger gefaßte Übersetzung von „community“ als „Gemeinde“ gewählt.

## **Charta der 1. Internationalen Konferenz zur Gesundheitsförderung, Ottawa, 1986**

Die erste internationale Konferenz zur Gesundheitsförderung hat am 21. November 1986 in Ottawa die folgende Charta verabschiedet. Sie ruft damit auf zu aktivem Handeln für das Ziel „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ und darüber hinaus. Diese Konferenz war vor allem eine Antwort auf die wachsenden Erwartungen an eine neue Bewegung für die Gesundheit in der ganzen Welt. Die Diskussion befasste sich vorrangig mit Erfordernissen in Industrieländern, es wurden aber auch Probleme aller anderen Regionen erörtert. Ausgangspunkt waren die auf der Grundlage der Deklaration von Alma-Ata über gesundheitliche Grundbetreuung erzielten Fortschritte, das WHO-Dokument „Einzelziele für Gesundheit 2000“ sowie die während der letzten Weltgesundheitsversammlung geführte Diskussion zum intersektoriellen Zusammenwirken für die Gesundheit.

### *Gesundheitsförderung*

Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Um ein umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, ist es notwendig, dass sowohl einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. sie verändern können. In diesem Sinne ist die Gesundheit als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen und nicht als vorrangiges Lebensziel. Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit ebenso betont wie die körperlichen Fähigkeiten. Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt deshalb nicht nur bei dem Gesundheitssektor, sondern bei allen Politikbereichen und zielt über die Entwicklung gesünderer Lebensweisen hinaus auf die Förderung von umfassendem Wohlbefinden.

### *Voraussetzungen für die Gesundheit*

Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Jede Verbesserung des Gesundheitszustandes ist zwangsläufig fest an diese Grundvoraussetzungen gebunden.

### *Interessen vertreten*

Ein guter Gesundheitszustand ist eine wesentliche Bedingung für soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung und ein entscheidender Bestandteil der Lebensqualität. Politische, ökonomische, soziale, kulturelle, biologische sowie Umwelt- und Verhaltensfaktoren können alle entweder der Gesundheit zuträglich sein

oder auch sie schädigen. Gesundheitsförderndes Handeln zielt darauf ab, durch aktives, anwaltschaftliches Eintreten diese Faktoren positiv zu beeinflussen und der Gesundheit zuträglich zu machen.

#### *Befähigen und ermöglichen*

Gesundheitsförderung ist auf Chancengleichheit auf dem Gebiet der Gesundheit gerichtet. Gesundheitsförderndes Handeln bemüht sich darum, bestehende soziale Unterschiede des Gesundheitszustandes zu verringern sowie gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen befähigt werden, ihr größtmögliches Gesundheitspotential zu verwirklichen. Dies umfasst sowohl Geborgenheit und Verwurzelung in einer unterstützenden sozialen Umwelt, den Zugang zu allen wesentlichen Informationen und die Entfaltung von praktischen Fertigkeiten als auch die Möglichkeit, selber Entscheidungen in bezug auf die persönliche Gesundheit treffen zu können. Menschen können ihr Gesundheitspotential nur dann weitestgehend entfalten, wenn sie auf die Faktoren, die ihre Gesundheit beeinflussen, auch Einfluss nehmen können. Dies gilt für Frauen ebenso wie für Männer.

#### *Vermitteln und vernetzen*

Der Gesundheitsfaktor allein ist nicht in der Lage, die Voraussetzungen und guten Perspektiven für die Gesundheit zu garantieren. Gesundheitsförderung verlangt vielmehr ein koordiniertes Zusammenwirken unter Beteiligung der Verantwortlichen in Regierungen, im Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokalen Institutionen, in der Industrie und in den Medien. Menschen in allen Lebensbereichen sind daran zu beteiligen als einzelne, als Familien und als Gemeinschaften. Die Berufsgruppen und sozialen Gruppierungen sowie die Mitarbeiter des Gesundheitswesens tragen große Verantwortung für eine gesundheitsorientierte Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft.

#### *Aktives, gesundheitsförderndes Handeln erfordert:*

##### *Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik*

Gesundheitsförderung beinhaltet weit mehr als medizinische und soziale Versorgung. Gesundheit muss auf allen Ebenen und in allen Politiksektoren auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Politikern müssen dabei die gesundheitlichen Konsequenzen ihrer Entscheidungen und ihre Verantwortung für die Gesundheit verdeutlicht werden. Dazu wendet eine Politik der Gesundheitsförderung verschiedene sich gegenseitig ergänzende Ansätze an, u.a. Gesetzesinitiativen, steuerliche Maßnahmen und organisatorisch strukturelle Veränderungen. Nur koordiniertes, verbündetes Handeln kann zu einer größeren Chancengleichheit im Bereich der Gesundheits-, Einkommens- und Sozialpolitik führen. Ein solches gemeinsames Handeln führt dazu, ungefährlichere Produkte, gesündere Konsumgüter und gesundheitsförderlichere soziale Dienste zu entwickeln sowie sauberere und erholsamere Umgebungen zu schaffen.

Eine Politik der Gesundheitsförderung muss Hindernisse identifizieren, die einer gesundheitsgerechteren Gestaltung politischer Entscheidungen und Programme entgegenstehen. Sie muss Möglichkeiten einer Überwindung dieser Hemmnisse und Interessengegensätze bereitstellen. Ziel muss es sein, auch politischen Entscheidungsträgern die gesundheitsgerechtere Entscheidung zur leichteren Entscheidung zu machen.

#### *Gesundheitsförderliche Lebenswelten schaffen*

Unsere Gesellschaften sind durch Komplexität und enge Verknüpfung geprägt; Gesundheit kann nicht von anderen Zielsetzungen getrennt werden. Die enge Bindung zwischen Mensch und Umwelt bildet die Grundlage für einen sozialökologischen Weg zur Gesundheit. Oberstes Leitprinzip für die Welt, die Länder, die Regionen und Gemeinschaften ist das Bedürfnis, die gegenseitige Unterstützung zu fördern - sich um den anderen, um unsere Gemeinschaften und unsere natürlichere Umwelt zu sorgen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Erhaltung der natürlichen Ressourcen als globale Aufgabe.

Die sich verändernden Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedingungen haben entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft die Arbeit, die Arbeitsbedingungen und die Freizeit organisiert, sollte eine Quelle der Gesundheit und nicht der Krankheit sein. Gesundheitsförderung schafft sichere, anregende, befriedigende und angenehme Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine systematische Erfassung der gesundheitlichen Folgen unserer sich rasch wandelnden Umwelt - insbesondere in den Bereichen Technologie, Arbeitswelt, Energieproduktion und Stadtentwicklung - ist von essentieller Bedeutung und erfordert aktives Handeln zugunsten der Sicherstellung eines positiven Einflusses auf die Gesundheit der Öffentlichkeit. Jede Strategie zur Gesundheitsförderung hat den Schutz der natürlichen und der sozialen Umwelt sowie die Erhaltung der vorhandenen natürlichen Ressourcen mit zu ihrem Thema zu machen.

#### *Gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen*

Gesundheitsförderung wird realisiert im Rahmen konkreter und wirksamer Aktivitäten von Bürgern in ihrer Gemeinde: in der Erarbeitung von Prioritäten, der Herbeiführung von Entscheidungen sowie bei der Planung und Umsetzung von Strategien. Die Unterstützung von Nachbarschaften und Gemeinden im Sinne einer vermehrten Selbstbestimmung ist ein zentraler Angelpunkt der Gesundheitsförderung: ihre Autonomie und Kontrolle über die eigenen Gesundheitsbelange sind zu stärken.

Die Stärkung von Nachbarschaften und Gemeinden baut auf den vorhandenen menschlichen und materiellen Möglichkeiten auf. Selbsthilfe und soziale Unterstützung sowie flexible Möglichkeiten der größeren öffentlichen Teilnahme und Mitbestimmung für Gesund-

heitsbelange sind dabei zu unterstützen bzw. neu zu entwickeln. Kontinuierlicher Zugang zu allen Informationen, die Schaffung von gesundheitsorientierten

Lernmöglichkeiten sowie angemessene finanzielle Unterstützung gemeinschaftlicher Initiativen sind dazu notwendige Voraussetzungen.

### *Persönliche Kompetenzen entwickeln*

Gesundheitsförderung unterstützt die Entwicklung von Persönlichkeit und sozialen Fähigkeiten durch Information, gesundheitsbezogene Bildung sowie die Verbesserung sozialer Kompetenzen und lebenspraktischer Fertigkeiten. Sie will dadurch den Menschen helfen, mehr Einfluss auf ihre eigene Gesundheit und ihre Lebenswelt auszuüben, und will ihnen zugleich ermöglichen, Veränderungen in ihrem Lebensalltag zu treffen, die ihrer Gesundheit zugute kommen.

Es gilt dabei, Menschen zu lebenslangem Lernen zu befähigen und ihnen zu helfen, mit den verschiedenen Phasen ihres Lebens sowie eventuellen chronischen Erkrankungen und Behinderungen umgehen zu können. Dieser Lernprozess muss sowohl in Schulen wie auch zu Hause, am Arbeitsplatz und innerhalb der Gemeinde erleichtert werden. Erziehungsverbände, die öffentlichen Körperschaften, Wirtschaftsgremien und gemeinnützige Organisationen sind hier ebenso zum Handeln aufgerufen, wie die Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen selbst.

### *Die Gesundheitsdienste neu orientieren*

Die Verantwortung für die Gesundheitsförderung wird in den Gesundheitsdiensten von Einzelpersonen, Gruppen, den Ärzten und anderen Mitarbeitern des Gesundheitswesens, den Gesundheitseinrichtungen und dem Staat getragen. Sie müssen darauf hinarbeiten, ein Versorgungssystem zu entwickeln, das auf die stärkere Förderung von Gesundheit ausgerichtet ist und über die medizinisch-therapeutischen Betreuungsleistungen hinausgeht.

Die Gesundheitsdienste müssen dabei eine Haltung einnehmen, die feinfühlig und respektvoll die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse anerkennt. Sie sollten dabei die Wünsche von Individuen und sozialen Gruppen nach einem gesünderen Leben aufgreifen und unterstützen sowie Möglichkeiten der besseren Koordination zwischen dem Gesundheitssektor und anderen sozialen, politischen, ökonomischen Kräften öffnen.

Eine solche Neuorientierung von Gesundheitsdiensten erfordert zugleich eine stärkere Aufmerksamkeit für gesundheitsbezogene Forschung wie auch für die notwendigen Veränderungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Ziel dieser Bemühungen soll ein Wandel der Einstellungen und der Organisationsformen sein, die eine Orientierung auf die Bedürfnisse des Menschen als ganzheitliche Persönlichkeit ermöglichen.

### *Auf dem Weg in die Zukunft*

Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen

Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen.

*Füreinander Sorge zu tragen,*

Ganzheitlichkeit und ökologisches Denken sind Kernelemente bei der Entwicklung von Strategien zur Gesundheitsförderung. Alle Beteiligten sollten als ein Leitprinzip anerkennen, dass in jeder Phase der Planung, Umsetzung und Auswertung von gesundheitsfördernden Handlungen Frauen und Männer gleichberechtigte Partner sind. Gemeinsame Verpflichtung zur Gesundheitsförderung

Die Teilnehmer der Konferenz rufen dazu auf:

- an einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik mitzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass ein eindeutiges politisches Engagement für Gesundheit und Chancengleichheit in allen Bereichen zustande kommt;
- allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die auf die Herstellung gesundheitsgefährdender Produkte, auf die Erschöpfung von Ressourcen, auf ungesunde Umwelt- und Lebensbedingungen oder auf eine ungesunde Ernährung gerichtet sind; sie verpflichten sich, Fragen des öffentlichen Gesundheitsschutzes wie Luftverschmutzung, Gefährdungen am Arbeitsplatz sowie Wohn- und Raumplanung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen;
- die gesundheitlichen Unterschiede innerhalb der Gesellschaften und zwischen ihnen abzubauen und die von den Vorschriften und Gepflogenheiten dieser Gesellschaften geschaffenen Ungleichheiten im Gesundheitszustand zu bekämpfen;
- die Menschen selber als die Träger ihrer Gesundheit anzuerkennen und zu unterstützen und auch finanziell zu befähigen, sich selbst, ihre Familien und Freunde gesund zu erhalten. Soziale Organisationen und die Gemeinde sind dabei als entscheidende Partner im Hinblick auf Gesundheit, Lebensbedingungen und Wohlbefinden zu akzeptieren und zu unterstützen;
- die Gesundheitsdienste und ihre Mittel auf die Gesundheitsförderung umzuorientieren und auf das Zusammenwirken der Gesundheitsdienste mit anderen Sektoren, anderen Disziplinen und - was noch viel wichtiger ist - mit der Bevölkerung selbst hinzuwirken;
- die Gesundheit und ihre Erhaltung als wichtige gesellschaftliche Investition und Herausforderung zu betrachten und die globale ökologische Frage unserer Lebensweisen aufzuwerfen.

Die Konferenzteilnehmer rufen auf, sich in diesem Sinne zu einer starken Allianz zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zusammenzuschließen.

Aufruf zu internationalem Handeln

Die Konferenz ersucht die Weltgesundheitsorganisation und alle anderen internationalen Organisationen, für die Förderung von Gesundheit Partei zu ergreifen und ihre einzelnen Mitgliedsländer dabei zu unterstützen, Strategien und Programme für die Gesundheitsförderung zu entwickeln.

Die Konferenz ist der festen Überzeugung, dass dann, wenn Menschen in allen Bereichen des Alltags, wenn soziale Verbände und Organisationen, wenn Regierungen, die Weltgesundheitsorganisation und alle anderen betroffenen Gruppen ihre Kräfte entsprechend den moralischen und sozialen Werten dieser Charta vereinigen und Strategien der Gesundheitsförderung entwickeln, dass dann „Gesundheit für alle“ im Jahre 2000 Wirklichkeit werden wird.

## **Empfehlungen der 2. Internationalen Konferenz zur Gesundheitsförderung, Adelaide, 1988**

Die Verabschiedung der Deklaration von Alma-Ata vor zehn Jahren war ein wichtiger Meilenstein für die von der Weltgesundheitsversammlung 1977 eingeleitete Bewegung „Gesundheit für alle“. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Gesundheit ein grundlegendes soziales Ziel ist, gab die Deklaration der Gesundheitspolitik eine neue Richtung, indem sie die Mitwirkung der Bürger, die Zusammenarbeit zwischen allen Bereichen der Gesellschaft und die primäre Gesundheitsversorgung als ihre Eckpfeiler herausstellte.

### **Den Geist von Alma-Ata fortsetzen**

Dieser Geist von Alma-Ata setzte sich 1986 in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung fort. Die Charta forderte zu einer neuen öffentlichen Gesundheitsbewegung heraus. Sie bestätigt nochmals soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit als Voraussetzungen der Gesundheit und fordert zur Erreichung dieser Ziele Prozesse der Interessenvertretung, Vermittlung und Vernetzung.

Die Charta beschreibt fünf Aktionsfelder zur Gesundheitsförderung:

Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik, Schaffung gesundheitsfördernder Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen, Unterstützung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen, Entwicklung persönlicher Kompetenzen und die Neuorientierung der Gesundheitsdienste.

Diese Aktionsfelder sind alle wechselseitig voneinander abhängig; gesundheitsfördernde Gesamtpolitik bildet dabei den Rahmen, der die anderen vier erst ermöglicht.

Die Konferenz von Adelaide über gesundheitsfördernde Gesamtpolitik setzte den Weg fort, der in Alma-Ata und Ottawa eingeschlagen wurde und gab zugleich neue Impulse. 220 Teilnehmer aus 42 Ländern tauschten Erfahrungen aus im Hinblick auf die Formulierung und praktische Umsetzung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik. Die im folgenden empfohlenen Aktionsstrategien für die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik sind Ausdruck der auf der Konferenz erzielten Übereinstimmung.

### **Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik**

Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik ist gekennzeichnet von der ausdrücklichen Sorge um Gesundheit und Chancengleichheit auf allen Gebieten der Politik und zugleich von der Verantwortung für die gesundheitlichen Auswirkungen politischer Entscheidungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Das Hauptziel einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik ist die Schaffung gesundheitsfördernder Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen, damit die Menschen ein gesünderes Leben führen können, d.h., es geht um eine Politik, die

den Menschen die Wahl gesünderer Alternativen erst ermöglicht oder weiter erleichtert. Dies erfordert eine gesundheitsförderliche physische und soziale Umwelt. Im Bemühen um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik müssen alle mit Landwirtschaft, Handel, Bildung, Wirtschaft und Kommunikation befassten Regierangs- und Verwaltungsstellen Gesundheit als einen grundlegenden Faktor in der Formulierung ihrer Politik beachten. Sie sollten zugleich Rechenschaft ablegen über die gesundheitlichen Folgen ihrer politischen Entscheidungen. Gesundheitlichen Erwägungen sollte dabei der gleiche Stellenwert zukommen wie den ökonomischen.

#### Der Wert der Gesundheit

Gesundheit ist sowohl ein grundlegendes Menschenrecht als auch eine bedeutsame soziale Investition. Um den Gesundheitszustand der Menschen zu erhöhen, ist es notwendig, dass die Regierungen auch entsprechende Mittel für die Gesundheitsförderung und eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik bereitstellen. Den Zugang zu den materiellen Voraussetzungen für ein gesundes und zufriedenstellendes Leben für alle Bürger zu sichern, ist ein grundlegendes Prinzip sozialer Gerechtigkeit. Dies erhöht zugleich die gesamtgesellschaftliche Produktivität sowohl in sozialer als auch in ökonomischer Hinsicht. Kurzfristig auf Gesundheitsförderung ausgerichtete Politik wird langfristig wirtschaftlichen Nutzen zur Folge haben. Dies wurde durch die auf der Konferenz vorgestellten Fallstudien belegt. Es müssen deshalb neue Anstrengungen unternommen werden, um Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik in konzertierten Aktionen zusammenzuführen.

#### Chancengleichheit, Zugangsmöglichkeiten und Entwicklung

Gesundheitliche Ungleichheiten haben ihre Wurzeln in sozialer Ungerechtigkeit. Soll die Kluft zwischen den sozial und bildungsmäßig Benachteiligten und den Bevorzugten einer Gesellschaft geschlossen werden, erfordert dies eine Politik, die den Zugang zu gesundheitsförderlichen Gütern und Dienstleistungen verbessert und ein unterstützendes Umfeld herstellt. Eine solche Politik würde den unterprivilegierten und schutzlosen Gruppen der Bevölkerung eine hohe Priorität einräumen. Darüber hinaus berücksichtigt eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik die jeweils eigenständigen Kulturen traditioneller Bevölkerungsgruppen, ethnischer Minderheiten und Einwanderer. Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsdiensten, besonders in der gemeindenahen Gesundheitsversorgung, ist ein entscheidender Bestandteil von Chancengleichheit im Gesundheitsbereich.

Neue gesundheitliche Ungleichheiten können sich aus dem raschen Strukturwandel durch neuentstehende Technologien ergeben. Die europäische Region der WHO hat in ihrer Regionalstrategie „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ als erstes Ziel erklärt, „bis zum Jahr 2000 sollten die derzeit bestehenden Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen

den Ländern sowie zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Länder um mindestens 25% verringert werden, und zwar durch Anhebung des Gesundheitsniveaus der benachteiligten Völker und Gruppen."

Angesichts der großen gesundheitlichen Unterschiede zwischen den Ländern, die auf dieser Konferenz sichtbar wurden, sind die Industrieländer in besonderer Weise verpflichtet, durch ihre eigene Politik eine positive Wirkung auf die Entwicklungsländer auszuüben. Die Konferenz empfiehlt allen Staaten, eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik zu entwickeln, die sich dieses Sachverhalts ausdrücklich annimmt.

#### Verantwortlichkeit für Gesundheit

Die Empfehlungen dieser Konferenz können nur verwirklicht werden durch entsprechendes Handeln nationaler, regionaler und lokaler Behörden. Die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik ist auf der lokalen Ebene genauso wichtig wie auf der nationalen Ebene. Regierung und Verwaltung sollten Gesundheitsziele setzen, die ausdrücklich den Stellenwert der Gesundheitsförderung hervorheben.

Öffentliche Verantwortlichkeit für Gesundheit ist ein wesentlicher Nährboden für das Wachsen einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik. Die Regierungen und alle anderen Stellen mit Verfügungsgewalt über Ressourcen sind ihren Bürgern gegenüber letztlich verpflichtet, über die gesundheitlichen Auswirkungen ihrer Politik bzw. das Fehlen einer solchen Politik Rechenschaft abzulegen.

Die Verpflichtung zu einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik erfordert, dass Regierungen die Gesundheitsfolgen ihres politischen Handelns fortlaufend beobachten und beschreiben und darüber in einer für alle gesellschaftlichen Gruppen leicht verständlichen Sprache berichten. Gemeinschaftliches Handeln ist für die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik von zentraler Bedeutung. Besondere Anstrengungen müssen unternommen werden, um mit den Gruppen ins Gespräch zu kommen, die am meisten von den jeweiligen gesundheitspolitischen Entscheidungen betroffen sind; dabei sind Bildungsstand und Alphabetisierungsgrad besonders zu berücksichtigen.

Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, die Wirkungen politischer Beschlüsse zu evaluieren. Gesundheitsinformationssysteme müssen entwickelt werden, die diesen Prozess unterstützen. Damit werden bei der zukünftigen Ressourcenzuteilung begründete Entschlüsse zugunsten einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik ermöglicht.

#### Weiterentwicklung über Gesundheitsversorgung hinaus

Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik reagiert auf die gesundheitlichen Herausforderungen, die von den dynamischen und technologischen Veränderungen einer sich zunehmend rascher wandelnden Welt mit ihren komplexen ökologischen Wechselwirkungen und wachsenden internationalen Verflechtungen bestimmt werden. Die sich aus diesen Herausforderungen ergebenden vielfältigen

gesundheitlichen Auswirkungen können derzeit und in absehbarer Zukunft von der traditionellen Gesundheitsversorgung nicht mehr aufgefangen werden.

Gesundheitsfördernde Bemühungen sind dringend notwendig und erfordern eine Gesamtsicht der sozialen und ökonomischen Entwicklung, welche die Verbindungen zwischen Gesundheit und Sozialreform wieder herstellt, die auch ein Grundprinzip der WHO-Politik in den letzten zehn Jahren darstellte.

#### Partner im politischen Prozess

Wenn auch Regierungen eine wichtige Rolle im Gesundheitsbereich spielen, so wird Gesundheit doch auch maßgeblich von Unternehmens- und Geschäftsinteressen, von nichtstaatlichen Vereinigungen und von Organisationen auf Gemeindeebene beeinflusst. Deren Potential zur Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung der Menschen sollte positiv verstärkt werden. Gewerkschaften, Handel und Industrie, wissenschaftliche Vereinigungen und Glaubensgemeinschaften haben vielfältige Möglichkeiten im Gesundheitsinteresse der gesamten Gemeinschaft zu handeln. Neue Bündnisse müssen geschlossen werden, um dem Handeln im Interesse von Gesundheit neue Impulse zu geben.

#### Aktionsfelder

Die Konferenz stellte vier Hauptaktionsfelder einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik heraus, die sofortiges Handeln verlangen.

#### Die Gesundheit von Frauen unterstützen

Frauen sind auf der ganzen Welt die primären Gesundheitsförderer. Diese Arbeit wird aber zumeist unbezahlt oder für minimale Löhne verrichtet. Die Art, wie Netzwerke von Frauen oder Frauenorganisationen arbeiten, sind Modelle für den Prozess des Aufbaus, der Planung und der Durchführung von Gesundheitsförderung. Netzwerke von Frauen sollten mehr Anerkennung und Unterstützung durch Politiker und bestehende Institutionen erhalten. Andernfalls wird diese Form der Frauenarbeit nur die Ungleichheit stärken.

Wirkungsvolle Beteiligung von Frauen an der Gesundheitsförderung verlangt den Zugang für Frauen zu Informationen, Netzwerken und materiellen Ressourcen. Alle Frauen, besonders aber Frauen aus bestimmten ethnischen Gruppen, Angehörige der Urbevölkerung eines Landes, und andere Minderheiten haben das Recht auf Selbstbestimmung ihrer Gesundheit und sollten als gleichberechtigte Partner in der Formulierung einer umfassenden gesundheitsfördernden Gesamtpolitik akzeptiert werden, um deren kulturelle Bedeutung zu sichern. Zur Entwicklung einer die Interessen der Frauen berücksichtigenden, nationalen gesundheitsfördernden Gesamtpolitik, schlägt diese Konferenz den Ländern vor, die Gesundheitsförderungen der Frauen selbst zu berücksichtigen und in den Mittelpunkt zu stellen.

Dazu gehören:

- Gerechte Verteilung der in einer Gesellschaft geleisteten Pflege- und Betreuungsarbeit;

- Geburtsverfahren, welche die Bedürfnisse und Wünsche von Frauen berücksichtigen;
- Unterstützende Maßnahmen für Pflege und Betreuung, wie z.B. Hilfen für Mütter mit Kindern, berufliche Freistellung bei Elternschaft sowie bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.
- Nahrungsmittel und Ernährung

Die Beseitigung von Hunger und Fehlernährung ist ein grundlegendes Ziel der gesundheitsfördernden Gesamtpolitik. Eine solche Politik sollte allen Menschen den Zugang zu ausreichender und gesunder Nahrung garantieren, und das in einer Weise, die auch kulturell annehmbar ist. Die Nahrungsmittel- und Ernährungspolitik muss die Methoden der privaten wie der öffentlichen Nahrungsmittelproduktion und -verteilung gleichermaßen berücksichtigen, um einen gerechten Zugang zu Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen zu erreichen.

Eine Nahrungs- und Ernährungspolitik, die landwirtschaftliche, ökonomische und Umweltfaktoren berücksichtigt, um positive nationale und internationale Auswirkungen auf die Gesundheit zu gewährleisten, sollte für alle Regierungen Priorität haben. Der erste Schritt zu einer solchen Politik wäre die Vorgabe von Ernährungszielen. Besteuerung und Subventionen sollten den leichten Zugang zu gesunder Nahrung sowie die Ernährungsumstellung auf gesündere Nahrungsmittel begünstigen.

Die Konferenz empfiehlt den Regierungen, auf allen Ebenen ihre Kaufkraft auf dem Lebensmittelmarkt zu nutzen, um sofort und unmittelbar darauf einzuwirken, dass die unter ihrer spezifischen Kontrolle stehende Nahrungsmittelversorgung (z. B. Verpflegung in Krankenhäusern, Schulen, Tagesstätten, Wohlfahrtseinrichtungen und am Arbeitsplatz) den Verbrauchern einen leichteren Zugang zu nahrhaftem Essen ermöglicht.

- Tabak und Alkohol

Tabakkonsum und Alkoholmissbrauch sind die beiden Hauptgesundheitsrisiken, die sofortiges Handeln im Rahmen einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik erfordern. Rauchen schadet nicht nur direkt der Gesundheit des Rauchers, vielmehr werden auch immer klarer die gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens, besonders für Kinder, erkannt. Alkohol verschärft soziale Konflikte und verursacht körperliche und geistige Schäden. Zusätzlich tragen die ernststen ökologischen Folgen des monokulturellen Anbaus von Tabak als landwirtschaftliches Exportprodukt in armen Ländern zur gegenwärtigen Weltkrise der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung bei.

Produktion und Verkauf von Tabak und Alkohol sind besonders durch Steuereinnahmen für Regierungen höchst profitable Aktivitäten. Die ökonomischen Folgen einer Reduzierung der Produktion und des Verkaufs von Tabak und Alkohol durch eine andere Regierungspolitik werden häufig als zu hoher Preis für die gesundheitlichen Vorteile angesehen.

Die Teilnehmer dieser Konferenz rufen alle Regierungen auf, zu bedenken, welchen Preis sie bezahlen, wenn sie Lebensverkürzungen und Krankheit der Menschen

begünstigen, die durch Tabak und Alkohol hervorgerufen werden. Die Regierungen sollten sich verpflichten, bei der Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik nationale Ziele zu formulieren, die den Tabakanbau und die Alkoholproduktion und deren Vertrieb und Verbrauch bis zum Jahre 2000 deutlicher reduzieren werden.

#### Gesundheitsfördernde Lebens- und Umweltbedingungen schaffen

Viele Menschen leben und arbeiten unter gesundheitsschädigenden Umweltbedingungen und sind den Wirkungen potentiell gefährlicher Produkte ausgesetzt. Derartige Probleme

überschreiten häufig nationale Grenzen. Umweltpolitik und Umweltplanung müssen die menschliche Gesundheit vor direkten und indirekten schädlichen Folgen biologischer, chemischer und physikalischer Einflüsse schützen und sollten erkennen, dass Frauen und Männer Teil eines komplexen Ökosystems sind. Die außerordentlich vielfältigen aber nicht unbegrenzten Ressourcen der Natur, die unser Leben bereichern, sind unentbehrlich für das Überleben, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. Gesundheitsfördernde Politik kann nur in einer Umwelt erreicht werden, die natürlichen Ressourcen durch weltweite, regionale und lokale ökologische Strategien bewahrt.

Erforderlich ist das Engagement auf allen Ebenen der staatlichen Einflussphäre. Koordinierte und intersektorale Anstrengungen sind notwendig, um gesundheitliche Erwägungen zu festen Bestandteilen industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung zu machen. Auf internationaler Ebene sollte die WHO eine führende Rolle übernehmen, um diesen Prinzipien Geltung zu verschaffen und das Konzept einer anhaltenden und dauerhaft tragbaren Entwicklung zu unterstützen.

I Die Konferenzteilnehmer befürworten als vorrangigen Handlungsschritt, dass öffentliches Gesundheitswesen und ökologische Bewegungen in gemeinsamen Bemühungen Strategien zur sozioökonomischen Weiterentwicklung und zur Erhaltung der begrenzten Ressourcen unseres Planeten entwerfen.

#### Neue Gesundheitsbündnisse entwickeln

Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik erfordert ein Vorgehen, das von Beratung und Verhandlung geprägt ist. Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik braucht starke Fürsprecher, die der Gesundheit einen hohen Stellenwert auf der politischen Tagesordnung verschaffen. Das bedeutet, engagierte Aktions- und Interessengruppen in ihrer Arbeit zu stärken und den Medien zu helfen, komplizierte gesundheitspolitische Sachverhalte besser zu verstehen und darzustellen.

Bildungseinrichtungen müssen auf die Bedürfnisse einer neuen öffentlichen Gesundheit reagieren, indem sie bestehende Aus- und Fortbildungspläne dahingehend überarbeiten, dass auch Kompetenzen zur Befähigung, Vermittlung und zum aktiven Eintreten für die Gesundheit vermittelt werden. Auf dem Wege zu einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik muss es immer mehr zu einer Machtverschiebung kommen, weg von der Kontrolle und hin zur Förderung und

Unterstützung politischer Prozesse. Dazu sind auch Foren für den Erfahrungsaustausch auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene erforderlich.

Die Konferenz empfiehlt lokalen, nationalen und internationalen Entscheidungsgremien:

- die Einrichtung von Anlauf- und Koordinationsstellen zur Unterstützung und Verbreitung beispielhafter Praxismodelle und Aktivitäten einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik.
- zur Mitwirkung bei der Analyse und zur Umsetzung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik Netzwerke von Forschern, Ausbildern, Planungs- und Verwaltungsfachleuten aufzubauen.

Sich für eine globale, öffentliche Gesundheit einsetzen

Frieden und soziale Gerechtigkeit, ausreichende Nahrungsangebote, sauberes Wasser, Bildung, zumutbare Wohnverhältnisse, eine sinnvolle Rolle in der Gesellschaft und ein angemessenes Einkommen, Erhaltung der natürlichen Ressourcen und Schutz des Ökosystems sind Grundvoraussetzungen für Gesundheit und soziale Entwicklung. Ziel einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik ist die Schaffung dieser Grundvoraussetzungen für ein gesundes Leben. Die Erreichung von Gesundheit auf globaler Ebene beruht auf der Anerkennung und Akzeptierung der wechselseitigen Abhängigkeiten innerhalb der Länder und zwischen ihnen. Das Engagement für eine globale öffentliche Gesundheit ist darauf angewiesen, dass Wege der internationalen Zusammenarbeit gefunden werden, so dass man auch auf grenzüberschreitende Probleme gezielt einwirken kann.

Künftige Herausforderungen

1. Die Fähigkeit, vorhandene Ressourcen auch in Zeiten ungünstiger ökonomischer Entwicklung gerecht zu verteilen, ist eine Herausforderung für alle Nationen.

2. „Gesundheit für alle“ kann nur erreicht werden, wenn die Schaffung und Erhaltung gesunder Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen bei allen politischen Entscheidungen zum zentralen Anliegen werden. Gerade die Arbeit in all ihren Dimensionen (Betreuungstätigkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten, Qualität des Arbeitslebens) beeinflusst Gesundheit und Glück der Menschen entscheidend. Arbeit muss hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Gesundheit und Chancengleichheit erforscht werden.

3. Die grundlegende Herausforderung für die einzelnen Länder und internationalen Organisationen auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik ist die Förderung der Zusammenarbeit oder die Entwicklung von Partnerschaften für Frieden, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, für eine ökologisch dauerhaft tragbare Entwicklung auf der ganzen Welt.

4. In den meisten Ländern liegt die Zuständigkeit für die Gesundheit bei Gremien auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen. In dem Bemühen um bessere Gesundheit wäre zu wünschen, dass neue Wege der Zusammenarbeit innerhalb und zwischen diesen Ebenen gefunden werden.

5. Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik muss sicherstellen, dass der Fortschritt bei gesundheitswirksamen Technologien die Entwicklung von mehr Gleichheit fördert und nicht behindert.

Die Konferenz betont mit Nachdruck ihre Empfehlung an die WHO, durch die fünf in der Ottawa-Charta genannten Strategien die Gesundheitsförderung dynamisch weiterzuentwickeln. Die Konferenzteilnehmer fordern die WHO auf, dieses Vorhaben als festen Bestandteil ihrer Arbeit in allen Regionen aufzugreifen. Im Mittelpunkt dieses Prozesses muss die Unterstützung der Entwicklungsländer stehen.

Erneuerung einer gemeinsamen Verpflichtung

Die Konferenzteilnehmer von Adelaide rufen alle Beteiligten dazu auf, in ihren Bemühungen um eine starke Allianz zur Förderung der öffentlichen Gesundheit, wie sie in der Ottawa-Charta gefordert wurde, fortzufahren und sie zu verstärken.

## **Europäische Charta Umwelt und Gesundheit der 1. Europäischen Konferenz „Umwelt und Gesundheit“, Frankfurt/M., 1989**

Auf der Ersten Europäischen Konferenz „Umwelt und Gesundheit“, die vom 7. bis 8. Dezember 1989 in Frankfurt a. M. (Bundesrepublik Deutschland) stattfand, trafen sich Minister und hochstehende Beamte aus den Umwelt- und Gesundheitsministerien von 29 europäischen Ländern sowie Vertreter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Die auf der Schlusssitzung der Konferenz verabschiedete Charta stellt eine Weiterführung der europäischen GFA-Politik („Gesundheit für alle“) und der 1984 von 32 Mitgliedstaaten der europäischen WHO-Region gebilligten GFA-Einzelziele dar. Die Charta enthält auch die grundlegenden Gedanken der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung; des weiteren ist sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Gesundheits- und Umweltpolitik - und dies in einer Phase, in der politische Änderungen die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Europa stark erleichtern. Bereits jetzt ist erkennbar, dass die Regierungen im aktuellen und künftigen Interesse aller Bevölkerungen die Charta zum Ausgangspunkt ihres praktischen Handelns machen.

J. E. Asvall WHO-Regionaldirektor für Europa

### *Präambel*

Angesichts der europäischen WHO-Strategie „Gesundheit für alle“, des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, und der damit zusammenhängenden Umweltperspektiven bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus (Resolution 42/187 und 42/186 der UN-Generalversammlung) sowie der Resolution WHO 42.26 der Weltgesundheitsversammlung, - In der Erkenntnis, dass die menschliche Gesundheit von einer Vielfalt entscheidender Umweltfaktoren abhängt,

- unter Betonung der Tatsache, dass es von entscheidender Bedeutung ist, durch den Schutz der Umwelt gesundheitlichen Gefahren vorzubeugen,
- in Kenntnis der Tatsache, dass sich eine saubere und harmonische Umwelt positiv auf Gesundheit und Wohlergehen auswirkt,
- ermutigt durch viele Beispiele für Erfolge bei der Verminderung der Verschmutzung und der Wiederherstellung gesunder Umweltverhältnisse,
- eingedenk dessen, dass die Erhaltung und Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden eine dauerhafte und tragbare Entwicklung erfordern,
- besorgt über den unbedachten, oft zu Umweltschäden und Gesundheitsgefährdungen führenden Umgang mit natürlichen Rohstoffen und industriell gefertigten Produkten,
- in Anbetracht des internationalen Charakters vieler Umwelt- und Gesundheitsfragen sowie der untereinander bestehenden Abhängigkeiten der Nationen und der einzelnen Menschen in diesen Fragen,
- in der Erkenntnis, dass es angesichts ernster Umweltprobleme in den Entwicklungsländern eine globale Zusammenarbeit geben muss,

- eingehend auf die spezifischen Merkmale der Europäischen Region, insbesondere die hohe Bevölkerungs- und Verkehrsdichte sowie die starke Industrialisierung,
- in Anbetracht bestehender internationaler Verabredungen (z. B. Vereinbarungen über den Schutz der Ozonschicht) und anderer Initiativen in bezug auf Umwelt und Gesundheit, aben die für Umwelt und Gesundheit verantwortlichen Minister in der europäischen WHO-Region auf ihrem ersten Treffen, da vom 7. bis B. Dezember 1989 in Frankfurt stattfand, die beigefügte Europäische Charta Umwelt und Gesundheit verabschiedet und den darin enthaltenen Grundsätzen und Strategien als eindeutige Verpflichtung zum Handeln zugestimmt. In Anbetracht ihres Umwelt-Mandats wurde die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ausdrücklich zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen; die Kommission stimmte im Namen der Gemeinschaft ebenfalls der Charta im Sinne einer Leitlinie für das zukünftige Handeln der Gemeinschaft in Bereichen, die in der Zuständigkeit der Gemeinschaft liegen, zu.

## Rechte und Pflichten

1. Jeder Mensch hat Anspruch auf
  - eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht
  - Information und Anhörung über die Lage der Umwelt sowie über Pläne, Entscheidungen und Maßnahmen, die voraussichtlich Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit haben
  - Teilnahme am Prozess der Entscheidungsfindung.
2. Jeder einzelne ist verpflichtet, im Interesse seiner eigenen Gesundheit und der anderer zum Schutz der Umwelt beizutragen.
3. Alle Gruppierungen der Gesellschaft sind für den Schutz von Umwelt und Gesundheit als intersektorialem Anliegen unter Einbeziehung vieler Fachrichtungen verantwortlich; ihre jeweiligen Aufgaben sollten klar aufgezeigt werden.
4. Alle Behörden oder Stellen der verschiedenen Ebenen sollten im Alltag zur Lösung der Probleme von Umwelt und Gesundheit mit anderen Bereichen zusammenarbeiten.
5. Jede Regierung und Behörde hat die Pflicht, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs die Umwelt zu schützen, die Gesundheit zu fördern und zu gewährleisten, dass die Tätigkeiten in ihrem Zuständigkeits- und Einflussbereich nicht in anderen Ländern Gesundheitsschäden verursachen. Des weiteren tragen alle Regierungen und

Behörden eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz der globalen Umwelt.

6. Jede öffentliche oder private Stelle sollte ihre Tätigkeiten so festlegen und ausführen, dass der Mensch vor Gesundheitsschäden durch physikalische, chemische, biologische, mikrobiologische und gesellschaftliche Faktoren geschützt wird. Jede Stelle dieser Art sollte für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig sein.
7. Die Medien nehmen bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Schaffung eines günstigen Klimas in bezug auf den Schutz von Gesundheit und Umwelt eine Schlüsselrolle ein. Sie haben einen Anspruch auf ausreichende und richtige Informationen und sollten darin bestärkt werden, diese Informationen effektiv an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

B. Auch nichtstaatliche Organisationen haben eine wichtige Rolle bei der Weitergabe von Informationen an die Öffentlichkeit sowie bei deren Sensibilisierung und Aktivierung. Allgemeine Grundsätze

1. Für Gesundheit und Wohlergehen ist eine saubere und harmonische Umwelt erforderlich, in der alle physischen, psychologischen, sozialen und ästhetischen Faktoren den richtigen Stellenwert erhalten. Die Umwelt soll als Grundlage für bessere Lebensbedingungen und gesteigertes Wohlbefinden angesehen werden.
2. Der bevorzugte Ansatz sollte darin bestehen, den Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen“ zu fördern.
3. Die Gesundheit jedes Menschen, besonders aber die der Schwachen und der einem besonderen Risiko ausgesetzten Gruppen, muss geschützt werden. Besondere Aufmerksamkeit muss den benachteiligten Gruppen gelten.
4. Maßnahmen zur Lösung der Probleme von Umwelt und Gesundheit sollten auf den besten jeweils verfügbaren wissenschaftlichen Informationen basieren.
5. Neue politische Maßnahmen, Technologien und Entwicklungen sollten mit Umsicht und nur nach entsprechender vorheriger Beurteilung der eventuellen Folgen für Umwelt und Gesundheit eingeführt werden. Dabei sollte eine Verpflichtung zum Nachweis bestehen, dass keine schädlichen Einflüsse auf Umwelt und Gesundheit auftreten.

6. Die Gesundheit des einzelnen und die von Bevölkerungsgruppen sollte eindeutig Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben.
7. Alle Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung, bei denen es um Auswirkungen der Umwelt auf Gesundheit und Wohlergehen geht, müssen berücksichtigt werden.
8. Der gesamte Umlauf von Chemikalien, Stoffen, Erzeugnissen und Abfallprodukten sollte so gesteuert werden, dass die natürlichen Ressourcen optimal genutzt werden und nur in geringstmöglichem Umfang eine Verschmutzung entsteht.
9. Ziel von Regierungen sowie behördlichen und privaten Stellen sollte es sein, die schädlichen Wirkungen, die durch eventuell gefährliche Substanzen sowie schlechte städtische und ländliche Umweltbedingungen verursacht werden, zu verhindern oder einzuschränken.
10. Umweltstandards müssen laufend überarbeitet werden, um den neuen Erkenntnissen in den Bereichen Umwelt und Gesundheit und den Auswirkungen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Gegebenenfalls sollten diese Standards aufeinander abgestimmt werden.
11. Es sollte der Grundsatz angewendet werden, dass jede öffentliche und private Stelle, die Umweltschäden verursacht oder verursachen kann, finanziell dafür aufkommen muss (Verursacherprinzip).
12. Die Kriterien und Verfahren zur Quantifizierung, Beobachtung und Bewertung von Umwelt- und Gesundheitsschäden sollten weiterentwickelt und angewandt werden.
13. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sowie Entwicklungshilfeprogramme, die Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit in anderen Ländern haben, sollten die obigen Grundsätze befolgen; Risiken für Umwelt und Gesundheit sollten nicht exportiert werden.
14. Die Entwicklungshilfe sollte das Konzept der dauerhaften und tragbaren Entwicklung fördern und als festen Bestandteil den Schutz der Gesundheit und die Besserung des Gesundheitszustandes enthalten.

## Strategische Elemente

1. Die Umwelt sollte als eine Grundlage für die Gesundheit und das Wohlergehen des Menschen betrachtet und dementsprechend behandelt werden.
2. Der Schutz der Gesundheit erfordert umfassende Strategien, einschließlich folgender Elemente:
  - a) Der Verantwortungsbereich öffentlicher und privater Stellen für die Durchführung geeigneter Maßnahmen sollte auf allen Ebenen klar definiert sein.
  - b) Kontrollmaßnahmen und andere Instrumente sollten in geeignetem Umfang eingeführt werden, um umweltbedingte Gesundheitsrisiken und eine Gefährdung des Wohlbefindens zu mindern. Finanzpolitische, administrative und wirtschaftliche Instrumente sowie Raumplanung spielen bei der Schaffung von Umweltbedingungen, die Gesundheit und Wohlergehen fördern, eine wichtige Rolle und sollten auch mit dieser Zielrichtung eingesetzt werden.
  - c) Mit zunehmendem Wissen sollten bessere vorbeugende Verfahren, einschließlich zweckmäßiger und kosteneffektiver Technologien sowie, falls erforderlich, Verbote eingeführt werden.
  - d) Umweltfreundliche Technologien und Produkte sowie die Wiederverwendung und Wiederverwertung von Abfällen sollten gefördert werden. Änderungen bei den Rohstoffen, Herstellungsverfahren und Techniken der Abfallwirtschaft sollten in erforderlichem Umfang vorgenommen werden.
  - e) Es sollten anspruchsvolle Management- und Verfahrensstandards gelten, um sicherzustellen, dass geeignete Technologien und optimale Verfahren angewandt, Gesetzesvorschriften und Leitlinien befolgt und Unfälle sowie Fälle menschlichen Versagens vermieden werden.
  - f) Geeignete Vorschriften sollten erlassen werden; diese sollten praktisch durchführbar sein und auch wirklich durchgeführt werden.
  - g) Anhand der besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen sollten Standards ausgearbeitet werden. Gegebenenfalls müssen Kosten/Nutzen-Analysen von Maßnahmen oder Unterlassungen vorgenommen und die Durchführbarkeit von Maßnahmen beurteilt werden, wobei in allen Fällen die Risiken minimiert werden sollten.
  - h) Umfassende Strategien zur Bekämpfung einer chemikalienbedingten Gefährdung der Gesundheit und Umwelt sollten entwickelt werden, so z.B. Anmeldeverfahren für neue Chemikalien und eine systematische Überprüfung der Altstoffe.
  - i) Für alle Arten ernsthafter Unfälle, einschließlich solcher mit grenzüberschreitenden Folgen, sollten Katastrophenschutz- oder Notfallmaßnahmen geplant werden.

- j) Informationssysteme zur Überwachung der Wirksamkeit getroffener Maßnahmen, zur Trendanalyse, Festlegung von Prioritäten und Entscheidungsfindung sollten weiter ausgebaut werden.
  - k) Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung sollten die Gesundheitsaspekte stärker berücksichtigt werden. Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen, die von den Bedingungen eines spezifischen Umweltbereichs direkt betroffen werden, sollten befragt und in Entscheidungen hinsichtlich dieses Umweltbereichs miteinbezogen werden.
3. Die medizinischen und anderen relevanten Fachrichtungen sollten angehalten werden, alle Aspekte des Umweltschutzes stärker zu beachten. Umwelt-Toxikologie und Umwelt-Epidemiologie sind wichtige Instrumente der umweltbezogenen Gesundheitsforschung und sollten als besondere Fächer in unserer Region weiterentwickelt und ausgebaut werden.
  4. Interdisziplinäre Forschungsprogramme auf dem Gebiet der Umwelt-Epidemiologie, die darauf abzielen, die Verbindungen zwischen Umwelt und Gesundheit darzulegen, sollten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene gefördert und ausgebaut werden.
  5. Der Gesundheitssektor sollte für die epidemiologische Überwachung durch Erfassung, Zusammenstellung und Auswertung von Daten sowie Abschätzung der umweltbedingten Gesundheitsrisiken verantwortlich sein. Der Gesundheitssektor sollte des Weiteren die anderen Bereiche der Gesellschaft und die breite Öffentlichkeit über Entwicklungstendenzen und Prioritäten informieren.
  6. Nationale und internationale multidisziplinäre Ausbildungsprogramme sowie die Gesundheitserziehung und Information öffentlicher und privater Stellen sollten unterstützt und intensiviert werden.

#### Prioritäten

1. Die Regierungen und Behörden, unbeschadet der spezifischen Problembereiche in ihren eigenen Ländern, die Europäische Gemeinschaft und andere zwischenstaatliche Organisationen sollten den Gegebenheiten entsprechend, die nachstehenden dringenden Problembereiche bezüglich Umwelt und Gesundheit auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene besonders berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen dazu einleiten:
  - globale Umweltprobleme wie Zerstörung der Ozonschicht und Klimaveränderung

- Stadtentwicklung, Stadtplanung und Stadtsanierung zum Schutz der Gesundheit und zur Förderung des Wohlbefindens
  - sichere und angemessene Trinkwasserversorgung unter Berücksichtigung der WHO-Leitlinien für die Trinkwassergüte sowie hygienische Abfallentsorgung in allen Stadt- und Landgemeinden
  - Wassergüte von Oberflächenwasser, Grundwasser, Küstengewässern und Erholungsgewässern
  - Mikrobiologische und chemische Unbedenklichkeit der Lebensmittel
  - Auswirkungen von
    - verschiedenen Energieformen
    - Transport und Verkehr, besonders Straßenverkehr
    - landwirtschaftliche Verfahren, einschließlich Düngung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie Entsorgung von Abfällen auf Umwelt und Gesundheit
  - Luftgüte unter Berücksichtigung der WHO-Luftgüteleitlinien für Europa, insbesondere in bezug auf Schwefel- und Stickoxide, photochemische Oxidantien (Sommersmog) und flüchtige organische Verbindungen
  - Luftgüte in geschlossenen Räumen (Wohn- und Freizeiträume, Arbeitsplätze) unter Einbeziehung der Auswirkungen von Radon, Passivrauchen und Chemikalien - persistente Chemikalien und solche mit chronischer Wirkung
  - Bewirtschaftung, Beförderung und Entsorgung gefährlicher Abfälle
  - Biotechnologie, insbesondere genetisch modifizierte Organismen
  - Katastrophenschutz und Notfallplanung sowie entsprechende Maßnahmen bei Unfällen, Störfällen und Katastrophen
  - umweltfreundlicher Technologien als Vorsorgemaßnahme.
2. Bei Inangriffnahme dieser Prioritäten sollte man sich der Bedeutung einer intersektoralen Umweltplanung und Kommunalplanung bewusst sein, um optimale Voraussetzungen für Gesundheit und Wohlbefinden zu schaffen.
  3. Um die Menschen zu einer gesunden Lebensweise in einer reinen und harmonischen Umwelt anzuhalten, sollte zum Gesundheitsschutz die Gesundheitsförderung treten.
  4. Es sollte anerkannt werden, dass einige dringende Probleme einer direkten und sofortigen internationalen Zusammenarbeit und gemeinsamer Anstrengungen bedürfen.

#### Der Weg nach vorn

1. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Region sollten:
  - a) alle erforderlichen Schritte unternehmen, um negative Entwicklungstendenzen baldigst umzukehren und bereits bestehende positive gesundheitsbezogene Entwicklungstendenzen zu stabilisieren bzw. zu verstärken; insbesondere sollten die Mitgliedstaaten alles unternehmen, um die regionale WHO-Strategie „Gesundheit für alle“,

soweit sie Umwelt und Gesundheit betrifft, in die Wirklichkeit umzusetzen.

- b) ihre Zusammenarbeit untereinander und, wenn angemessen, mit der Europäischen Gemeinschaft und mit anderen internationalen Organisationen bei gemeinsamen und grenzüberschreitenden Umweltproblemen, die eine Gesundheitsgefahr darstellen, verstärken.
- c) für eine weite Verbreitung der auf dieser Konferenz verabschiedeten Charta in den Sprachen der Europäischen Region sorgen.

2. Das WHO-Regionalbüro für Europa wird gebeten:

- a) die Möglichkeit eines Ausbaus internationaler Mechanismen zu untersuchen, die den Zweck haben, eventuelle umweltbedingte Gesundheitsgefahren abzuschätzen und Leitlinien für ihre Bekämpfung zu entwerfen.
- b) eine kritische Untersuchung der jetzigen Indikatoren für die gesundheitlichen Auswirkungen der Umwelt durchzuführen und gegebenenfalls neue spezifische und effektive Indikatoren zu entwickeln.
- c) nach Rücksprache mit den Regierungen der Mitgliedsländer der Region einen europäischen Beratungsausschuss für Umwelt und Gesundheit einzurichten.
- d) in Zusammenarbeit mit den Regierungen der europäischen Länder zu prüfen, ob die Gründung eines europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit oder einer anderen geeigneten Einrichtung wünschenswert und durchführbar ist; das Zentrum bzw. die Einrichtung soll die Zusammenarbeit in bezug auf die Gesundheitsaspekte des Umweltschutzes intensivieren, wobei auf Informationssysteme, Informationsaustausch und koordinierte Untersuchungen besonderes Gewicht gelegt wird; in diesem Zusammenhang ist eine Zusammenarbeit mit UNEP (UN-Umweltprogramm), ECE (UNWirtschaftskommission für Europa) und anderen Organisationen wünschenswert; zu berücksichtigen ist ebenfalls die Europäische Umweltagentur, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eingerichtet wird.

3. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Region und die WHO sollten die Grundsätze und Verwirklichung der Ziele dieser Charta in weitestmöglichem Umfang unterstützen.

4. Die für Umwelt und Gesundheit verantwortlichen europäischen Minister sollten sich innerhalb von fünf Jahren erneut treffen, um die nationalen und internationalen Fortschritte zu bewerten und spezifische von der WHO und anderen internationalen Organisationen aufgestellte Pläne zur

schnellstmöglichen Beseitigung der schlimmsten umweltbedingten Gesundheitsbedrohungen zu genehmigen.

## **Gesunde Städte: Die Mailänder Erklärung, 1990**

Wir, die Bürgermeister und führenden politischen Vertreter der WHO-Projektstädte, die sich am 5. und 6. April 1990 in Mailand zusammengefunden haben, bekräftigen unsere Verpflichtung gegenüber den Grundsätzen des Gesunde-Städte-Projektes der WHO und erklären:

Zur gesundheitsfördernden Rolle der Städte - Gesundheit

Gesundheit ist ein positives Konzept, das die gesellschaftlichen und persönlichen Komponenten der Gesundheit ebenso betont wie die körperlichen Fähigkeiten. Gesundheit wird letztlich von den Menschen in ihrer alltäglichen Lebensumgebung geschaffen und gelebt. Wir setzen uns deshalb ein für die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik zur Schaffung von gesundheitsfördernden städtischen Lebenswelten, die es allen unseren Bürgern erlauben ihre Gesundheit weiter zu entwickeln und auf Dauer zu erhalten.

*Eine Politik zur „Gesundheit für alle“*

Städte sind entscheidende Handlungsträger im Zuge der Umsetzung des WHO-Programms „Gesundheit für alle“.

Wir verpflichten uns deshalb zur politischen Unterstützung dieses Programms sowie zur Erreichung seiner Ziele in unseren Städten. Dies erfordert die Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger einschließlich angemessener Mechanismen der Dezentralisierung lokaler Entscheidungsbefugnisse und Ressourcen.

*Eine auf Dauer angelegte Entwicklung*

Gesundheit hängt von der Erhaltung unserer natürlichen Ressourcen ab, zugleich aber auch von der dauerhaften Erhaltung der Qualität unserer natürlichen Umwelt sowie der von den Menschen geschaffenen sozialen Umwelt.

Wir verpflichten uns deshalb zu einer Stadtentwicklung, die umweltfreundlich und auf Dauer angelegt ist.

Insbesondere anerkennen wir die schädlichen Auswirkungen des Verkehrs auf die Gesundheit und die Umwelt, und die Notwendigkeit einer umfassenden städtischen Verkehrsplanung, die diese Auswirkungen berücksichtigt.

*Chancengleichheit und Gerechtigkeit*

Gefährdungen unserer Gesundheit erwachsen nicht nur aus Armut, sondern auch aus anderen Arten der sozialen Benachteiligung.

Wir verpflichten uns deshalb zur Unterstützung von Programmen zur Reduzierung von gesundheitlichen Chancenungleichheiten in unseren Städten.

Insbesondere in diesem von den Vereinten Nationen proklamierten „Jahr der Bildung“ anerkennen wir den entscheidenden Beitrag, den unsere städtischen Bildungssysteme für die Schaffung und Förderung von Gesundheit leisten können.

### *Multisektorale Zusammenarbeit und Rechenschaftspflichtigkeit*

Gesundheit ist im wesentlichen das Ergebnis der insgesamt in einer Gesellschaft unternommenen (oder unterlassenen) Einwirkungen auf die physische und soziale Umwelt. Verbesserungen der gesundheitlichen Versorgung sind nur zum Teil den Fortschritten medizinischer Versorgungssysteme zuzuschreiben.

Wir verpflichten uns deshalb, mit Blick auf die umfassenderen gesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren von Gesundheit, zur Stärkung der multisektoralen Zusammenarbeit in unseren Städten sowie zur Sondierung von Möglichkeiten durch unsere Stadtparlamente und städtischen Behörden Gesundheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle städtischen Planungsentscheidungen, Politiken und Programme einzuführen.

### *Internationale Dimensionen*

Frieden ist eine Grundvoraussetzung für Gesundheit. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die neue Öffnung in Europa und geben unserer Überzeugung Ausdruck, dass den Städten beim Brückenschlag der Verständigung innerhalb und zwischen den Ländern Europas und der Welt eine entscheidende Rolle zukommt.

Wir verpflichten uns deshalb zur politischen Unterstützung des Gesunde-Städte-Projekts der WHO innerhalb der nationalen und internationalen Netzwerke und Organisationen, zu denen wir gehören, sowie zur Förderung der nationalen und internationalen Bewegung für ein neues Verständnis von öffentlicher Gesundheit (New Public Health).

#### Malnahmen für gesunde Städte

Wir bestätigen unsere Verpflichtung zur Umsetzung des Gesunde-Städte-Projektes der WHO und bekräftigen nochmals unseren Willen, jedwede uns mögliche Maßnahme zu ergreifen zur Gewährleistung einer wirksamen Durchführung des Projektes in unseren Städten. Dazu gehören:

- die Etablierung wirksamer Mechanismen multisektoraler Zusammenarbeit zur Entwicklung einer gesundheitsfördernden kommunalen Gesamtpolitik;
- die Entwicklung eines Stadtgesundheitsplans, der die zentralen städtischen Gesundheitsprobleme aufgreift und stadt-umfassende multisektorale Strategien zu deren Lösung vorschlägt;
- der Aufbau einer angemessenen Projekt-Organisationsstruktur;
- die Schaffung von Mechanismen der öffentlichen Rechenschaftspflicht über die Auswirkungen kommunalpolitischer Entscheidungen auf die Gesundheit;
- die Sicherstellung einer wirksamen Bürgerbeteiligung an allen die Gesundheit betreffenden Entscheidungen und Maßnahmen.

Zur Sicherstellung des langfristigen Erfolgs der Gesunde-Städte-Bewegung werden wir uns darum bemühen, mit der jüngsten Verpflichtung des Europabüros der WHO gleichzuziehen und auch unsere Beteiligung am Projekt bis mindestens 1995 fortführen.

Des Weiteren werden wir mit unseren Stadtparlamenten die Möglichkeiten unserer Teilnahme an einer Gesunde-Städte-Ausstellung im Rahmen der Weltausstellungen 1992 in Sevilla und 1995 in Wien und Budapest sondieren, um damit zur Sichtbarkeit der Erfolge des Projektes mit beizutragen.

Zur Förderung der Gesundheit unserer Bürger verpflichten wir uns weiterhin, mit unseren Stadtparlamenten und Behörden zu überlegen, welche Maßnahmen wir unternehmen können zur Unterstützung der jüngsten gesundheitspolitischen Initiativen und Aktionen der WHO, als da sind:

- die europäische Charta „Umwelt und Gesundheit“
- der europäische Aktionsplan „Tabak oder Gesundheit“
- die WHO-Luftreinhaltungsrichtlinien
- die Politik der WHO zur AIDS-Prävention und zur Versorgung der an AIDS Erkrankten.

Wir sind uns des Bedarfs an zusätzlichen Ressourcen bewusst, die nicht allein von unseren eigenen Städten und der WHO aufgebracht werden können und fordern die WHO daher auf:

- im europäischen Raum, zusammen mit anderen Partnern, die Führung bei der Durchführung gemeinsamer Aktionen zur Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für städtische Gesundheit zu übernehmen, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Städte Europas mit den größten Problemen und den geringsten Mitteln;
- Möglichkeiten der Schaffung einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung des Gesunde-Städte-Projektes zu sondieren, wie z. B. die der Errichtung eines Europäischen Gesundheits-Fonds;
- Möglichkeiten der Errichtung und Unterstützung eines Gesunde-Städte-Institutes zu sondieren zur Förderung der Gesunde-Städte-Bewegung;
- einen Europäischen Gesunde-Städte-Verband zu schaffen;
- das Gesunde-Städte-Projekt auch auf Städte in den Entwicklungsländern auszudehnen. Wir werden die WHO bei ihren Bemühungen, zusätzliche Mittel für das Projekt zu beschaffen, politisch unterstützen.

Wir verpflichten uns, anlässlich der nächsten Bürgermeistertagung, die 1992 im Rahmen des Gesunde-Städte-Symposiums in Kopenhagen stattfinden wird, über die in unseren Städten erzielten Fortschritte zu berichten.

Schlussfolgerungen

Wir anerkennen die Gesundheit und deren Erhaltung als bedeutende soziale Investition.

Wir bekennen uns erneut zu den Grundsätzen der Gesundheitsförderung, wie sie in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung dargelegt wurden.

Wir unterstützen die Herausforderung des Gesunde-Städte-Projekts in seinem Bestreben, auch zur Lösung der übergeordneten ökologischen Probleme unseres Lebens und Überlebens beizutragen.

Wir fordern daher die Städte in ganz Europa und darüber hinaus auf, sich an der Gesunde-Städte-Bewegung zu beteiligen und mit uns eine einflussreiche Lobby für öffentliche Gesundheit aufzubauen.

## **Deklaration zum Recht auf Gesundheit, Baltimore, 1992**

Wir als Menschen, die sich mit der Verbesserung der Gesundheit auf der Welt befassen, verpflichten uns hiermit in Wort und Tat, das Recht auf Gesundheit zu fördern.

Das bestmögliche Gesundheitsniveau zu genießen, gehört zu den Grundrechten eines jeden Menschen: Es ist kein Privileg der Mächtigen, der finanziell oder sozial Einflussreichen. Gesundheit bedeutet mehr als das Freisein und die Vorbeugung von Krankheit. Die Entwicklung der Möglichkeiten des einzelnen sowie die Wertschätzung des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens sind eingeschlossen.

Die Gesundheitspflege sollte auf Dialog und Zusammenarbeit zwischen Bürgern, medizinischen Fachkräften, Gemeinden sowie Gesundheitspolitikern aufgebaut werden. Gesundheitsdienste müssen bezahlbar, zugänglich, wirksam, effizient und komfortabel sein. Gesundheit beginnt mit der gesunden Entwicklung des Kindes in einer positiven familiären Umgebung. Sie ist durch die aktive Beteiligung von Männern und Frauen bei der Gesundheitsentwicklung aufrechtzuerhalten. Die Stellung der Frau und ihre Wohlfahrt müssen anerkannt und angesprochen werden. Bei der Altenpflege sind die Menschenwürde, zwischenmenschlicher Respekt und die Lebensqualität, nicht nur eine Verlängerung des Lebens zu beachten.

Gesundheit setzt die Bewahrung der Umwelt und eine ausgewogene menschliche Bevölkerung unter Beibehaltung kultureller Unterschiede voraus.

Gesundheit hängt von der Verfügbarkeit des Grundbedarfs für alle Menschen ab, nämlich: Nahrung, sauberes Wasser, Wohnung, Bildung, produktive Arbeit, Schutz vor Umweltverschmutzung sowie die Verhinderung sozialer Entfremdung.

Gesundheit hängt vom Schutz gegen Ausnutzung, unabhängig von Rasse, Religionszugehörigkeit, politischer Überzeugung und wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen ab. Gesundheit ist abhängig von der friedlichen und gerechten Entwicklung aller Völker und ihrer Zusammenarbeit.

Herausgegeben am 23. 4. 1992 anlässlich des 75. Jubiläums der Johns Hopkins School of Hygiene and Public Health, Baltimore MA, USA (Unterzeichner: Hiroshi Nakajima, Director General, WHO; James Grant, Executive Director, UNICEF; Alfred Sommer, Dean, School of Hygiene and Public Health, Baltimore)